

Tischvorlage zu TOP 0

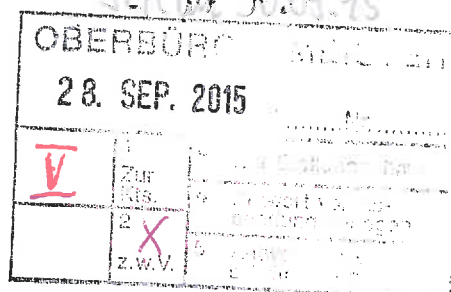
BIA-Stadtratsgruppe, Postfach 010106, 90221 Nürnberg

der StR-Sitzung am 30.09.15

Fax vaa

Herrn OB
Dr. Maly

StR Ralf Ollert



Stadtratsgruppe
Rathaus-Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Tel./Fax: 0911/64 61 76
e-mail: bia-nuernberg@gmx.de

Nürnberg, den 24.9.15

Flüchtlingssituation in Nürnberg

Hier: Dringlichkeitsantrag für die Stadtratssitzung am 30.9.15

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit stelle ich für die Sitzung am 30.9.15 folgenden

Dringlichkeitsantrag:

Solange bei dem Zustrom von sogenannten "Flüchtligen" geltende europäische Bestimmungen, wie die "Dubliner Abkommen" nicht eingehalten werden und die zuständigen Bundesbehörden nicht für die zeitgerechte Bearbeitung der Asylanträge sorgen, verweigert die Stadt Nürnberg die Aufnahme weiterer "Flüchtlinge".

Begründung:

Angesichts der ungebremsen Massenzuwanderung gilt es umso mehr, auf die Beachtung des geltenden Rechts in der EU zu bestehen. Insbesondere müssen die "Dubliner Abkommen" beachtet werden, nachdem der Asylantrag in dem europäischen Land gestellt werden muss, in dem der "Flüchtling" zuerst ankommt. Nicht nur diese Bestimmung wird nicht beachtet, sondern die Menschen werden unkontrolliert und unkoordiniert von den Außengrenzen der EU weitergeleitet. Ziel der Flüchtlinge ist neben Schweden hauptsächlich Deutschland, angelockt von der offiziell propagierten "Willkommenskultur" und den in der Welt einmaligen Sozialleistungen für die Ankommenden. Die meisten "Flüchtlinge" dürften wohl auch mit völlig falschen Vorstellungen in das "gelobte Land" Deutschland kommen, was noch entsprechende Nach- und Langzeitwirkungen zur Folge haben wird.

Auf diese Situation des Ansturmes sind nicht nur die Länder und Kommunen nicht ausreichend vorbereitet, auch die zuständigen Bundesbehörden versagen bis jetzt bei der zeitgerechten Bearbeitung der Asylanträge und können diese nicht bewältigen. Es gilt deshalb ein Zeichen zu setzen und die Aufnahme weiterer "Flüchtlinge" abzulehnen, bis andere Voraussetzungen geschaffen sind, die es ermöglichen den wirklich Asylberechtigten zu helfen und den Missbrauch zu verhindern.

Bereits mit dem Antrag vom 24.7.15, die Grenzkontrollen wieder einzuführen, hat die BIA trotz der politisch kurzsichtig-ignoranten Ablehnung durch den Nürnberger Stadtrat auf Landesebene Erfolg gehabt. Dies zeigt, dass solche Appelle durchaus Gehör finden können, wenn diese von verschiedener Seite in die Diskussion gebracht werden. Auch dieser Antrag ist als "Weckruf" zu verstehen und soll die Dringlichkeit von entsprechenden Maßnahmen zur Abhilfe der Missstände verdeutlichen.

M.f.G.
Ralf Ollert, StR

ht